



Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel, MdL
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜRINGER LANDTAG

Kopie der Antwort an Fragesteller

Anfrage 3211

Drs. 5/6508

Die Ministerin

Heike Taubert

Ihr/e Ansprechpartner/in:
Frau Kirschbaum

Durchwahl:

Telefon +49 (361) 37-98722

Telefax +49 (361) 37-98872

Christine.Kirschbaum@
tmsfg.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

**Kleine Anfrage Nr. 3211 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)
- Arbeitende Rentnerinnen und Rentner in Thüringen -**

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Erfurt, 10. August 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die o. a. Kleine Anfrage beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Frage 1: Nach welchen Kriterien definiert die Landesregierung Armut im Alter und wie viele Menschen in Thüringen leben gemäß dieser Definition derzeit in Altersarmut (bitte auch nach Kreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

Zur Definition des Begriffs „Armut“ bzw. „Armut im Alter“ werden verschiedene methodische Ansätze verwendet. Um Armut zu messen, können mehrere Indikatoren herangezogen werden, wobei in der Regel auf ein bestimmtes Verhältnis des gewichteten individuellen Einkommens zum Medianeinkommen abgestellt wird. Dafür stehen verschiedene statistische Erhebungen zur Verfügung.

Die Definition des Begriffs „Armut“ ist angesichts der normativen Qualität des Begriffs auch nur schwer möglich. In der Armutsberichterstattung für die europäischen Staaten hat sich der sogenannte „relative“ Armutsbegriff etabliert, der zwar im Hinblick auf Datenbasis und Berechnungsmethoden unterschiedlich verwendet wird, im Grundsatz jedoch eine bestimmte Quote eines durchschnittlichen (mittleren) Einkommens als Armutsrisikogrenze definiert. Der Nachteil dieses relativen Armutskonzeptes liegt darin, dass es solange Armutsgefährdung gibt, wie nicht alle Haushalte gleich hohe Einkommen beziehen.

Thüringer Ministerium für
Soziales, Familie und Gesundheit
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im TMSFG nur
dem Empfang einfacher Mitteilungen
ohne Signatur
und/oder Verschlüsselung.

Auf europäischer Ebene und auf Bundesebene (Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung) wird zur Berechnung von Indikatoren, die die Einkommensarmut und Einkommensverteilung betreffen, EU-SILC (englisch "European Union Statistics on Income and living conditions ") als Datenquelle herangezogen. Für die Darstellung vergleichbarer Indikatoren auf Länderebene ist diese Erhebung ungeeignet, da die Stichprobe nicht groß genug ist, um auch für kleinere Länder die entsprechenden Indikatoren auszuweisen.

Ein gemeinsames Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist die Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. Bereitgestellt werden unter anderem Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern, die auf der Grundlage der Datenquelle „Mikrozensus“ berechnet werden. Hier wird die Armutsgefährdungsquote definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt.

Diese Definition wird auch von der Landesregierung zu Grunde gelegt.

Die Armutsgefährdungsquote von Personen im Alter von 65 Jahren und älter betrug in Thüringen im Jahr 2011 gemessen am Bundesmedian 11,3 Prozent, gemessen am Landesmedian 6 Prozent (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder).

Frage 2: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode ergriffen, um Altersarmut zu verhindern oder zu mildern, welche weiteren Maßnahmen plant sie ggf.?

Altersarmut entgegenzuwirken ist ein wichtiges Ziel der Landesregierung.

Die arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme der Landesregierung leisten einen präventiven Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut. Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm und den aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierten Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration sowie der Beschäftigungsförderung mittels Lohnkostenzuschüssen steht dem Freistaat ein Förderinstrumentarium zur Verfügung, das durch den Einsatz und die Kombination verschiedener Fördergegenstände die Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit, die Erleichterung des Zugangs zur Beschäftigung und die Verbesserung der sozialen und beruflichen Integrationsmöglichkeiten von benachteiligten Zielgruppen des Arbeitsmarkts zum

Ziel hat. Es ergänzt und flankiert damit in sinnvoller Weise die Eingliederungsförderung der Bundesagentur für Arbeit und der zugelassenen kommunalen Träger.

Auch in der kommenden Förderperiode des ESF in Thüringen 2014 bis 2020 ist die Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut ein zentrales Ziel. Das arbeitsmarktpolitische Förderinstrumentarium wird in diesem Sinn weiterentwickelt und die zur Verfügung stehenden Mittel noch stärker auf Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf konzentriert.

Um Altersarmut entgegen zu wirken, werden seitens der Landesregierung weitere Zielstellungen verfolgt.

Thüringen hat einen Gesetzentwurf zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in den Bundesrat eingebracht (Gesetzesantrag Thüringens vom 11.09.2012, BR-Drs. 542/12). Von einer geringen Rentenzahlung, die zu Altersarmut führen kann, werden insbesondere diejenigen Personen betroffen sein, die im Niedriglohnsektor arbeiten oder von längerer Arbeitslosigkeit betroffen sind oder waren. Ziel des Gesetzentwurfs ist es sicherzustellen, dass über eine Vollzeitbeschäftigung ein Existenz sicherndes Einkommen und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erreicht werden kann.

Des Weiteren unterstützt die Landesregierung entsprechend der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2009 die Forderungen nach Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland.

Frage 3: Welche Prognose stellt die Landesregierung zur Entwicklung von Altersarmut in Thüringen? Wie beurteilt sie das?

Es ist zu befürchten, dass die Altersarmut in Thüringen kurz- bis mittelfristig betrachtet zunehmen wird, was aus der Wirtschaftslage der vergangenen 20 Jahre folgt. Niedriglöhne und eine Vielzahl von unterbrochenen Erwerbsbiografien durch Arbeitslosigkeit (nicht zuletzt in den Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands) können als Gründe für die erwartete Entwicklung angeführt werden. Die Entwicklung ist allerdings nicht quantifizierbar, da die für das Entstehen späterer Altersarmut entscheidend ursächliche Entwicklung des Einkommens von einer Vielzahl von Faktoren (wirtschaftliche Entwicklung, Entwicklung der Lohnhöhe(n), Rentenentwicklung, Entwicklung der sozialen Transferleistungen u. a.) abhängig ist.

Jede Form von Armut ist als Gefährdung des sozialen Friedens zu bewerten. Darum werden, um Altersarmut entgegen zu wirken, seitens der Landesregierung verschiedene Maßnahmen verfolgt (siehe Antwort zu Frage 2).

Frage 4: Wie viele Menschen in Thüringen erhalten derzeit die Grundsicherung im Alter nach SGB XII (bitte auch nach Kreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik erhielten zum Stand 31.12.2011 in Thüringen 4.698 Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die Aufschlüsselung nach Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. die Veränderungen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren seit 2007 (siehe Frage 6) ergeben sich aus der Anlage 1.

Frage 5: Wie viele Menschen in Thüringen, die älter als 65 Jahre sind, gehen derzeit in Thüringen einer geringfügigen Beschäftigung nach (bitte soweit möglich nach Altersgruppen in 5-Jahres-Schritten [von 65-69 Jahren, 70-74 Jahren, 75-79 Jahren, 80-84 Jahren und über 85 Jahren] aufschlüsseln, sowie prozentual zum jeweiligen Anteil der Gesamtbevölkerung angeben)?

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen wurden die abgefragten Daten zu den geringfügig Beschäftigten entsprechend der Verfügbarkeit zusammengestellt.

Diese Daten sowie der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung bzw. die Veränderungen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren seit 2007 (siehe Frage 6) ergeben sich aus der Anlage 2.

Frage 6: Wie haben sich diese Zahlen, bezogen auf die Fragen 4 und 5, im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren seit 2007 verändert?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 5 verwiesen.

Frage 7: Wie viele Menschen gehören nach Kenntnis der Landesregierung in Thüringen zu der Gruppe, die trotz eines Anspruchs auf Grundsicherung im Alter diese nicht beantragen?

Dazu können keine Aussagen getroffen werden, da entsprechende Daten für Thüringen nicht bekannt sind.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Personen, die Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben, diesen aus verschiedenen Gründen nicht geltend machen.

Der Landesregierung ist bekannt, dass in der Sozialwissenschaft z. T. davon ausgegangen wird, dass die Quote der Nichtinanspruchnahme 68 Prozent beträgt (Quelle: Irene Becker: Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter, in: Zeitschrift für Sozialreform 2/2012). Hinsichtlich der Höhe dieser Quote kann jedoch nicht von einhelliger Auffassung in der Sozialwissenschaft gesprochen werden.

Frage 8: Welche Maßnahmen plant die Landesregierung um Menschen ihr Recht auf Grundsicherung im Alter näherzubringen und dazu zu animieren ihren Anspruch durchzusetzen, um auf diese Weise Armut zu mindern?

Die Landesregierung prüft, inwiefern entsprechende Maßnahmen geboten sind und umgesetzt werden können.

Frage 9: Wie hoch ist der durchschnittliche Zuverdienst der Minijob-benden in Thüringen, die älter als 65 Jahre sind?

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen wurden die abgefragten Daten entsprechend der Verfügbarkeit zusammengestellt. Sie sind als Anlage 3 beigelegt.

Es wird explizit auf die Erläuterung hingewiesen, wonach die verfügbaren Daten eine deutlich eingeschränkte Aussagekraft haben.

Frage 10: Welche Gründe sieht die Landesregierung für die zunehmende Zahl an Rentnerinnen und Rentnern, die zusätzlich Minijobs wahrnehmen? Wie beurteilt sie dies?

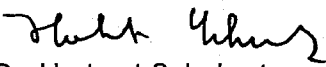
Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass diese Personengruppe – auch – ökonomisch motiviert ist, d. h., dass ihre Einkommen aus Renten und anderen Alterssicherungsformen nicht zur Deckung ihrer materiellen Bedürfnisse als ausreichend betrachtet werden.

Zugleich ist aber ebenfalls festzustellen, dass die heutige Generation der Rentnerinnen und Rentner gesundheitlich und mental so agil ist, dass eine geringfügige Beschäftigung auch ihrem Bedürfnis nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenkommt.

Diese Motivation und der Wunsch einer finanziellen Aufbesserung der Rente durch eine geringfügige Tätigkeit sind unter Umständen untrennbar miteinander verbunden, um aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in bisher gewohnter Form – auch materiell – absichern zu können. Die Rentenhöhe ist jedenfalls nicht allein dafür entscheidend, wie sich die Situation der Rentnerinnen und Rentner nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben gestaltet. Einen wesentlichen Einfluss haben auch die private und betriebliche Altersvorsorge, die persönliche Vermögenssituation sowie familiäre (und partnerschaftliche) Bindungen und Unterstützungsstrukturen.

Um den Rentnerinnen und Rentnern eine vollwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist es erforderlich, ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dazu gehört auch, durch eine über das normale Arbeitsleben hinausgehende Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt, Möglichkeiten für einen finanziellen Zuverdienst zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Dr. Hartmut Schubert

Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - Personen im Alter von 65 und mehr Jahren

	31.12.2007	prozentuale Veränderung vom 31.12.2007 zum 31.12.2008	31.12.2008	prozentuale Veränderung vom 31.12.2008 zum 31.12.2009	31.12.2009	prozentuale Veränderung vom 31.12.2009 zum 31.12.2010	31.12.2010	prozentuale Veränderung vom 31.12.2010 zum 31.12.2011	31.12.2011
Stadt Erfurt	774	4,0%	805	-1,0%	797	5,8%	843	5,5%	889
Stadt Gera	277	4,7%	290	-1,7%	285	-10,9%	254	7,5%	273
Stadt Jena	265	4,9%	278	0,0%	278	11,5%	310	7,4%	333
Stadt Suhl	85	-7,1%	79	-11,4%	70	-5,7%	66	13,6%	75
Stadt Weimar	175	-1,1%	173	0,0%	173	4,6%	181	6,6%	193
Stadt Eisenach	139	10,1%	153	-9,8%	138	-3,6%	133	3,0%	137
Eichsfeld	215	-0,5%	214	-7,9%	197	-10,2%	177	10,2%	195
Nordhausen	186	1,1%	188	2,1%	192	-2,6%	187	3,7%	194
Wartburgkreis	192	0,0%	192	-10,4%	172	0,6%	173	7,5%	186
Unstrut-Hainich-Kreis	223	1,3%	226	-10,2%	203	4,4%	212	12,3%	238
Kyffhäuserkreis	156	5,1%	164	-2,4%	160	-6,9%	149	2,0%	152
Schmalcalden-Meiningen	163	-6,1%	153	-28,1%	110	12,7%	124	13,7%	141
Gotha	267	6,0%	283	-13,8%	244	-1,2%	241	2,5%	247
Sömmerda	149	-28,9%	106	7,5%	114	12,3%	128	-5,5%	121
Hildburghausen	77	1,3%	78	-7,7%	72	-6,9%	67	10,4%	74
Ilm-Kreis	273	8,8%	297	-21,5%	233	-6,4%	218	18,8%	259
Weimarer Land	118	9,3%	129	-8,5%	118	-0,8%	117	9,4%	128
Sonneberg	84	-7,1%	78	-7,7%	72	12,5%	81	19,8%	97
Saalfeld-Rudolstadt	193	1,6%	196	-16,3%	164	-3,0%	159	8,2%	172
Saale-Holzland-Kreis	110	5,5%	116	-11,2%	103	-1,9%	101	3,0%	104
Saale-Orla-Kreis	147	1,4%	149	-10,1%	134	-9,7%	121	6,6%	129
Greiz	135	8,1%	146	-13,7%	126	-22,2%	98	18,4%	116
Altenburger Land	227	1,8%	231	4,8%	242	-2,1%	237	3,4%	245
Thüringen	4.630	2,0%	4.724	-6,9%	4.397	-0,5%	4.377	7,3%	4.698

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Geringfügig Beschäftigte (GB) am Wohnort (WO) nach dem Alter

Land Thüringen

Zeitreihe (jeweils Stichtag 30.06.), Datenstand: Juni 2013

Wohnortprinzip (WO): Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Region wohnen, unabhängig vom Arbeitsort.

Beschäftigungsart	Alter	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2007 in %
		1	2	3	4	5	6	7
geringfügig Beschäftigte	65 Jahre und älter	16.343	16.699	17.180	17.101	17.103	17.898	+ 9,5
	dav. 65 bis unter 70 Jahre	10.846	10.840	10.909	10.262	9.739	10.071	- 7,1
	70 bis unter 75 Jahre	3.822	4.243	4.695	5.135	5.432	5.767	+ 50,9
	75 Jahre und älter	1.675	1.616	1.576	1.704	1.932	2.060	+ 23,0
dar. Geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB)	65 Jahre und älter	15.138	15.523	15.944	15.905	16.119	16.949	+ 12,0
	dav. 65 bis unter 70 Jahre	10.174	10.193	10.212	9.695	9.270	9.607	- 5,6
	70 bis unter 75 Jahre	3.479	3.884	4.315	4.698	5.077	5.438	+ 56,3
	75 Jahre und älter	1.485	1.446	1.417	1.512	1.772	1.904	+ 28,2
dar. ausschließlich GeB	65 Jahre und älter	14.903	15.205	15.595	15.498	15.625	16.380	+ 9,9
	dav. 65 bis unter 70 Jahre	9.973	9.927	9.928	9.380	8.894	9.198	- 7,8
	70 bis unter 75 Jahre	3.449	3.839	4.262	4.615	4.975	5.299	+ 53,6
	75 Jahre und älter	1.481	1.439	1.405	1.503	1.756	1.883	+ 27,1

Beschäftigungsquoten geringfügig Beschäftigter (GB) am Wohnort (WO) nach dem Alter

Land Thüringen

Zeitreihe (jeweils Stichtag 30.06.), Datenstand: Juni 2013

Wohnortprinzip (WO): Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Region wohnen, unabhängig vom Arbeitsort.

Die Beschäftigungsquote ist der prozentuale Anteil der sozialversicherungspflichtig bzw. geringfügig Beschäftigten (am Wohnort) an der Bevölkerung im jeweiligen Alter (von 15 bis unter 65 Jahren sofern nicht anders angegeben). Dabei wird die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder ermittelte Bevölkerungszahl zum 31.12. eines Jahres als Bezugsgröße der Beschäftigungsquoten für das halbe Jahr vor und das halbe Jahr nach dem 31.12. herangezogen.

Beschäftigungsart	Alter	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2012 gegenüber 2007 in Prozentpunkten
		1	2	3	4	5	6	7
geringfügig Beschäftigte	65 Jahre und älter	3,3	3,3	3,4	3,3	3,3	3,5	+ 0,2
	dav. 65 bis unter 70 Jahre	6,2	6,4	6,6	6,6	7,1	8,3	+ 2,1
	70 bis unter 75 Jahre	3,1	3,2	3,3	3,5	3,5	3,6	+ 0,5
	75 Jahre und älter	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	+ 0,1
dar. Geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB)	65 Jahre und älter	3,0	3,1	3,1	3,1	3,1	3,3	+ 0,3
	dav. 65 bis unter 70 Jahre	5,8	6,0	6,2	6,2	6,8	7,9	+ 2,1
	70 bis unter 75 Jahre	2,8	3,0	3,1	3,2	3,2	3,4	+ 0,6
	75 Jahre und älter	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	+ 0,1
dar. ausschließlich GeB	65 Jahre und älter	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,2	+ 0,2
	dav. 65 bis unter 70 Jahre	5,7	5,8	6,0	6,0	6,5	7,6	+ 1,9
	70 bis unter 75 Jahre	2,8	2,9	3,0	3,1	3,2	3,3	+ 0,5
	75 Jahre und älter	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	+ 0,1

Erstellungsdatum: 11.07.2013, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 163893

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit



Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (aGeB) am Wohnort (WO) nach dem Alter

Land Thüringen

Stichtag 31.12.2010, Datenstand: Juni 2013

Wohnortprinzip (WO): Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Region wohnen, unabhängig vom Arbeitsort.

Die Höhe des Arbeitsentgelts von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig entlohnt Beschäftigten hängt in hohem Maß von der individuellen Wochenarbeitszeit ab. Diese ist in der Beschäftigungsstatistik unbekannt; ihr Einfluss kann somit nicht näher bestimmt oder aus den Entgeltangaben rechnerisch entfernt werden. Angaben über Arbeitsentgelte von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig entlohnt Beschäftigten haben daher eine deutlich eingeschränkte Aussagekraft und sind nur vor diesem Hintergrund interpretierbar.

Alter	aGeB insgesamt	darunter	
		mit Angabe zum Entgelt	Median in €
65 Jahre und älter	15.907	15.582	233
dav. 65 bis unter 70 Jahre	9.209	9.018	245
70 bis unter 75 Jahre	5.007	4.907	222
75 Jahre und älter	1.691	1.657	194

Erstellungsdatum: 11.07.2013, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 163893

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit